

# Kurzinformationen

## Pastoralbesuch des Papstes in Jamaika, Mexiko und den USA

Seine 60. Reise außerhalb Italiens führte Johannes Paul II. Mitte August nach Jamaika, Mexiko und in die USA. Höhepunkt der Reise war die Teilnahme des Papstes am 8. Weltjugendtag in Denver (ds. Heft, 437). Der Papst sparte nicht mit Lob über die „Vitalität, Dynamik, den Reichtum an Glauben, Liebe und Heiligkeit“ der amerikanischen Kirche, warnte aber auch vor der „falschen Moral der modernen Gesellschaft“ in Verbindung mit Fragen wie den künstlichen Mitteln der Empfängnisregelung, Abtreibung, Euthanasie, Drogen und Alkohol, Pornographie und Gewalt. In Anspielung auf die die US-Kirche gegenwärtig belastenden Sexualvergehen von Priestern (ds. Heft, 400ff; vgl. HK, August 1993, 429) meinte der Papst, die Kirche der USA benötige eine „spirituelle Erneuerung“. In einer Ansprache vor über 400 Bischöfen hob er die Verantwortung des Klerus als Vorbild christlichen Lebens für die Jugend hervor. In Denver kam es zu einem ersten Zusammentreffen des Papstes mit US-Präsident *Bill Clinton*. Wegen der kritischen Haltung des Papstes gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel im Golfkrieg unter Führung der USA sowie der Haltung des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten in der Abtreibungsfrage war dieses Treffen mit Spannung erwartet worden. Clinton sprach nach dem 35 Minuten dauernden Treffen von einer „herzlichen und produktiven Begegnung“. Man habe das „Fundament für eine konstruktive Beziehung gelegt“. Die Besuche auf Jamaika und in Mexiko waren ursprünglich bereits für das vergangene Jahr vorgesehen, als der Papst aus Anlaß der 500-Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas und der Christianisierung des Kontinents die Dominikanische Republik besuchte, die Reise jedoch aus Rücksicht auf den Ge-

sundheitszustand des Papstes abgekürzt wurde (vgl. HK, November 1992, 531). Im Verlauf einer Messe im Nationalstadion von Kingston (Jamaika) erinnerte Johannes Paul II. an die Sklavenemanzipation auf der Insel. Noch heute hätten jedoch nicht alle Jamaicaner ein Maß der Teilnahme an der Gesellschaft erreicht, das freier Männer und Frauen würdig sei. Der Papst rief die Gläubigen des Landes zu Solidarität und verstärktem Einsatz für das Gemeinwohl auf. Im Mittelpunkt der Anstrengungen katholischer Gruppen und Organisationen müsse die Hilfe für die Armen und Randgruppen stehen. Weitere Themen der Ansprachen des Papstes waren einerseits die Bekräftigung ökumenischer Orientierung – nur rund 150 000 der insgesamt 2,5 Millionen Bewohner Jamaikas sind Katholiken –, andererseits die Warnung vor Aberglauben und fundamentalistischen Sekten, Alkohol- und Drogenmißbrauch, problematischen Formen des Umgangs mit Sexualität. Bei einem Gottesdienst in Merida (Mexiko) erinnerte der Papst an die „Opfer der vielen Ungerechtigkeiten“ bei der Kolonialisierung Amerikas nach der Entdeckung durch Kolumbus. Bei einer Begegnung mit mehreren tausend Vertretern der amerikanischen Urbevölkerung in Izamal, am Ort einer ehemaligen Maya-Kultstätte, appellierte der Papst in einer viel beachteten Ansprache an die Regierungen des gesamten amerikanischen Kontinents, die Rechte der indianischen Bevölkerung zu schützen und ihnen zu helfen. Der Papst verurteilte alle „skrupellosen Mißbräuche der Kolonisatoren“ und die „Gewalttaten“ an den Indianern, ihren kulturellen Errungenschaften und Reichtümern. Johannes Paul II. versicherte, daß die Kirche alle legitimen Forderungen und Ansprüche der Urbevölkerung unterstütze und deren Rechte verteidige. Pressebeobachter bewerteten diese „Versöhnungsrede“ als „implizite Entschuldigung des Papstes im Namen der Kirche“ an die

Adresse der indianischen Bevölkerung (Le Monde, 13.8.93). Überschattet wurde der Besuch in Mexiko von der bisher nicht aufgeklärten Ermordung des Erzbischofs von Guadalajara, Kardinal *Juan Jesús Posadas Ocampo* Ende Mai bei einem Gefecht unter Drogenhändlern.

## Kirchliche Kritik am Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes

Ein von der Bundesregierung verabschiedeter Gesetzentwurf zur *Vereinheitlichung und Flexibilisierung* des Arbeitszeitrechtes ist im kirchlichen Raum auf erhebliche Bedenken und Ablehnung gestoßen. Prälat *Paul Bocklet*, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, meinte, der Entwurf höhle den bisherigen Schutz des Sonntags und der staatlich anerkannten Feiertage bedenklich aus. Sonn- und Feiertage seien als religiöses, soziales und kulturelles Gut immerhin durch den Grundgesetzartikel 140 – respektive die Artikel 136 – 141 der Weimarer Reichsverfassung – geschützt. Bocklet bestritt nicht die u. U. gegebene Notwendigkeit von Arbeitszeitflexibilisierung. Eine „gefährliche Entwicklung“ sei jedoch zu befürchten, wenn künftig Sonn- und Feiertagsarbeit nicht nur wie bisher aus *technischen Gründen*, sondern in Ausnahmefällen auch aufgrund *wirtschaftlicher Argumente* zulässig sein solle. Das von der Regierung angepeilte Ziel müsse auf andere Weise als durch die vorgesehenen „massiven Eingriffe“ in den Sonntagsschutz verwirklicht werden. Ausdrücklich unterstützte Bocklet den Appell von Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm* an die Tarifpartner, auch künftig den Sonntag aus der Flexibilisierung der Arbeitszeit herauszuhalten. Gegenstand der Kritik sind vor allem zahlreiche und weit gefaßte Ausnahmen in dem Gesetzentwurf. Zulässig soll Sonn- und Feiertagsarbeit demnach etwa sein, wenn Arbeiten anstehen,

„die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfordern“ oder „wenn nachweisbar die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland wegen längerer Betriebszeiten oder anderer Arbeitsbedingungen im Ausland unzumutbar beeinträchtigt ist und durch die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit die Beschäftigung gesichert werden kann“.

### Angolanische Bischöfe äußern sich zur Bürgerkriegssituation in ihrem Land

In einem bewegenden Hirtenbrief, der am 5. August veröffentlicht wurde (Wortlaut in: Internationaler Fidedienst, 21.8.93), wandten sich die angolanischen Bischöfe mit der Aufforderung an die Bürgerkriegsparteien, den Krieg zu beenden, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und diesen erst wieder zu verlassen, wenn ein Abkommen unterzeichnet sei, das dem „teuflischen Krieg“ in ihrem Lande ein Ende setze. Nach den von der UNITA nicht angenommenen Parlamentswahlen vom September letzten Jahres und den gescheiterten Friedensgesprächen versinkt das Land erneut in kriegerischen Auseinandersetzungen. Anfang Juni machte der Weltsicherheitsrat die UNITA für die neuen Kampfhandlungen verantwortlich, ebenso wie die US-Regierung, die mit der Anerkennung der Regierung von Präsident *Eduardo José dos Santos* die jahrzehntelange Gegnerschaft zwischen den USA und Angola beendete. Amnesty International forderte unlängst die Einsetzung eines UN-Menschenrechtskommissares für Angola. Die Bischöfe prangerten in ihrem Hirtenbrief das „unbeschreibliche Leid“ des angolanischen Volkes an und äußerten ihr Unverständnis für das Scheitern der Friedensgespräche zwischen Regierung und UNITA. Die nationale Versöhnung sei, nachdem sie zunächst 16 Monate lang mutige und

vielversprechende Fortschritte gemacht habe, zunehmend „Haß, Rachegefühlen und kriminellen Opportunismen“ gewichen. Die meisten Menschen Angolas verstünden diesen Krieg nicht, es gebe „keinen vernünftigen oder gar gerechten Grund“ für diesen „schmachvollen Krieg“, der schon „so viele Tote, so viel Unglück und so viele Zerstörungen“ verursacht habe. Jugendliche weigerten sich daher, an diesem Krieg teilzunehmen. Täten sie es dennoch, geschähe dies nur unter Zwang. Die Bischöfe appellierten an Regierung und UNITA, die humanitären Hilfslieferungen an die Zivilbevölkerung nicht zu behindern und für die Freilassung der Gefangenen nicht das Ende des Krieges abzuwarten.

### Vier neue Diözesen der ukrainisch-katholischen Kirche errichtet

Der Apostolische Stuhl stimmte der Errichtung von vier neuen Eparchien für die mit Rom verbundene ukrainisch-katholische Kirche zu (vgl. *Osservatore Romano* 12./13. 7. 93). Der Papst bestätigte die entsprechenden Beschlüsse der Synode der ukrainisch-katholischen Kirche sowie die für drei der vier neuen Bistümer vorgeschlagenen Bischofskandidaten. Bischofsernennungen und territoriale Neustrukturierungen erfolgen durch die jeweilige Kirchenleitung vor Ort, bedürfen allerdings der Zustimmung des Papstes. Der auf ukrainischem Territorium gelegene Teil der Eparchie Przemysl wurde vom polnischen Teil abgetrennt und in die eigenständige Eparchie Drohobych-Sambir umgewandelt. Ein Bischof wurde für diese neue Diözese bisher nicht ernannt. Von der Erz-Eparchie Lemberg trennte man die Eparchien Zboriv und Ternopil ab. Ein Teil der Eparchie Ivano-Frankivsk wurde zur neuen Eparchie Kolomyia-Chernivci erhoben. Neuer Bischof von Zboriv ist der Redemptorist *Mychajlo Koltun*, Bischof von Ternopil der bisherige Lemberger Weihbischof *Mychajlo Sabryha*. Der

bisherige Weihbischof in Ivano-Frankivsk, *Pavlo Vasylyk*, wurde Bischof von Kolomyia-Chernivci. – Die ukrainisch-katholische Eparchie Przemysl (Polen), bisher Suffraganbistum der Kirchenprovinz Warschau, unterstellte der Papst direkt dem Apostolischen Stuhl (vgl. *Osservatore Romano* 20. 6. 93).

### Kirche von England plant Sonderregelungen für die Gegner der Priesterweihe von Frauen

In der Kirche von England soll es in Zukunft eine *spezielle Jurisdiktion* für Gemeinden und Priester geben, die die Priesterweihe von Frauen *ablehnen*. Entsprechende Regelungen wurden von den Bischöfen der Church of England der Generalsynode vorgelegt. Auf der Synodaltagung im Juli wurden sie nach einer kurzen Debatte zur Kenntnis genommen; die endgültige Abstimmung steht für November an. Die Generalsynode hatte im November 1992 für die Priesterweihe von Frauen gestimmt (vgl. *HK*, Dezember 1992, 543); Unter- und Oberhaus werden sich vermutlich im Herbst dieses Jahres mit der Sache befassen. Die Zustimmung des Parlaments zum entsprechenden Kirchengesetz ist aufgrund des Status der Kirche von England als „established church“ erforderlich. Die Regelungen für die Gegner der Priesterweihe von Frauen sehen Lösungen auf *Diözesan-, Regional- und Kirchenprovinzebene* vor: Diözesanbischöfe sollen so weit als möglich für die seelsorgliche Betreuung der Gegner weiblicher Priester sorgen. Bischöfe einer Region sollen „von Zeit zu Zeit“ für ihre Region einen oder mehrere Bischöfe bestimmen, die die Priesterweihe von Frauen ablehnen; diese Bischöfe sollen sich dann um die entsprechenden Gemeinden in der Region kümmern. Der Erzbischof von Canterbury soll „von Zeit zu Zeit Schritte unternehmen, um die Ernennung von bis zu zwei Weihbischöfen für seine Diözese sicherzustellen“, die dann als „bischöfliche Visitatoren“ für die Gegner der Priesterweihe von Frauen in

der Provinz tätig sind. Für die (kleinere) Kirchenprovinz York ist die Ernennung eines Weihbischofs zu diesem Zweck vorgesehen: „Jeder Visitator für eine Kirchenprovinz wird als Sprecher und Berater für diejenigen fungieren, die gegen die Priesterweihe von Frauen sind.“ In den Regelungen wird auch festgehalten, daß es *keine Diskriminierung* von Kandidaten für die Ordination oder ein höheres Amt in der Kirche von England wegen ihrer Haltung gegenüber der Priesterweihe von Frauen geben darf. Es gehe darum, das höchstmögliche Maß an Gemeinsamkeit in den einzelnen Bistümern zu wahren und die Ernsthaftigkeit der unterschiedlichen Ansichten bezüglich der Priesterweihe von Frauen gegenseitig anzuerkennen und zu respektieren. Der Erzbischof von York, *John Habgood*, sagte in der Debatte der Generalsynode über die Regelungen, es sei nicht leicht, in Einheit zu leben und gleichzeitig Unterschiede anzuerkennen: „Aber genau dies ist uns als Kirche aufgetragen.“

### Konflikt um den Weltgebetstag der Frauen

Auf massive Kritik stießen die Texte für den Weltgebetstag der Frauen im März nächsten Jahres, die diesmal vom *palästinensischen Weltgebetstagskomitee* erstellt wurden. Mehrere internationale Organisationen für christlich-jüdische Zusammenarbeit kritisierten in den aktuellen Texten eine einseitige Darstellung des Leidens der palästinensischen Bevölkerung, die allein Israel an den Pranger stellen, sowie die an antijüdische Tendenzen in der christlichen Theologie erinnernde Auswahl der Bibelstellen. Unrecht und Gewalt in der arabischen Gesellschaft blieben ausgeklammert, die geforderte ungeteilte Solidarität mit *allen* unter dem Nahost-Konflikt Leidenden fehle ganz. In einem Artikel der angesehenen „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ zu der bereits über hundertjährigen ökumenischen Bewegung des Weltgebets-tages der Frauen, der mittlerweile

Gruppen in mehr als 170 Ländern angehören, wurde unter der Überschrift „Beten gegen Israel“ gefragt: Wollen die Christen nun – nach den Boykottkampagnen gegen Südafrika und andere Länder mit rassistischen Praktiken – zu ähnlichen Maßnahmen gegenüber Israel aufrufen? Die Kritik gipfelte in dem Vorwurf, es drohe unter der Anschuldigung von Menschenrechtsverletzungen ein neuer Kreuzzug für ein „judenfreies Jerusalem“. Zu diesem schon seit Juni schwelenden Konflikt nahmen jetzt die beiden Vorsitzenden des westdeutschen Weltgebetstagskomitees, *Gertrud Casel* und *Helga Hiller* Stellung und wiesen dabei den Vorwurf des Antisemitismus und der Israelfeindlichkeit zurück. Die von den Palästinenserinnen erarbeiteten Texte enthielten durchaus ein Angebot zur Versöhnung und eine indirekte Anerkennung des Existenzrechtes Israels. Überdies hätten die Verfasserinnen in der Darstellung ihrer konkreten Lebenssituation keineswegs den Anspruch erhoben, einen neutralen und ausgewogenen Text zu erstellen. Vor die von den Palästinenserinnen erarbeitete Gottesdienstordnung stellten die noch unabhängig von einander arbeitenden deutschen Weltgebetstagskomitees Ost und West eine gemeinsame Erklärung, in der sie das Existenzrecht Israels ausdrücklich anerkennen und als Wurzel des Nahost-Konfliktes auch den Nationalsozialismus und die Ausrottungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung nennen.

### Naturwissenschaftlich-theologischer Dialog bei Salzburger Hochschulwochen

Unter dem Leitthema „Das Lob der Erde“ fanden von Ende Juli bis Anfang August die diesjährigen *Salzburger Hochschulwochen* statt. Naturwissenschaftler und Theologen widmeten sich unter diesem Thema der Ambivalenz des technischen Fortschritts, den physischen und sozialen Folgen der Umweltgestaltung und -zerstörung und den diesen zugrundeliegenden ethisch-morali-

schen Haltungen und Einstellungen. Dabei warnte beispielsweise der Hannoveraner Philosoph *Reinhard Löw* angesichts der übersteigerten emotionalen Dimension, die gegenwärtig die Verteidigung der Natur gegen die technischen Zugriffe des Menschen erlangt habe, vor einer drohenden „Öko-Diktatur“. Der Wiener Biochemiker und frühere österreichische Wissenschaftsminister *Hanns Tuppy*, forderte für den Bereich der *Gentechnik* strikte Zurückhaltung, wenn es darum gehen sollte, über die Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit hinaus, mit genetischen Mitteln „Verbesserungen“ des Menschen anzuzielen. Wissenschaft dürfe nicht alles, was sie könne. Eröffnet wurden die Hochschulwochen durch den Wiener Weihbischof *Christoph Schönborn*, der selbst drei schöpfungstheologisch-anthropologische Vorlesungen hielt. Darin warnte Schönborn vor einer „maßlosen Selbstüberschätzung“ des modernen Menschen. Für eine Gleichsetzung des Begriffes „Natur“ mit dem der Schöpfung sprach sich der Münchner Pädagoge *Helmut Zöpfl* aus. Unter dem Begriff der „Natur“ sei die Umwelt lediglich unter dem Aspekt ihrer Berechenbarkeit gefaßt, während es doch darauf ankomme, diese als lebenden Organismus zu verstehen. Den beklagenswerten Mangel an einer umfassenden, zeitgerechten Theologie der Arbeit und Technik erklärte der Wuppertaler Philosoph *Peter Treier* mit einer zu großen Distanz der Theologen zu den Problemen der Arbeitswelt und forderte eine intensive Zusammenarbeit zwischen Theologen und Philosophen einerseits und Ingenieuren und Ökonomen andererseits. Christentum und Theologie wurden von dem protestantischen Münchner Neutestamentler *Ferdinand Hahn* aufgefordert, sich nicht in die Defensive drängen zu lassen. Im kommenden Jahr werden die Hochschulwochen unter dem Thema „Jesus von Nazareth“ stehen. Dies gab der neue Leiter der Salzburger Veranstaltung, *Heinrich Schmidinger*, bekannt, der den Benediktinerpater *Paulus Gordan* ablöst, der viele Jahre den Hochschulwochen vorstand.